

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Halo Saibold, Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Ute Vogt (Pforzheim), Freimut Duve, Monika Ganseforth, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/7509 –

60. Jahrestag der Bombardierung von Guernica/Gernika

A. Problem

Mit dem Antrag auf Drucksache 13/7509 soll u. a. die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. gegenüber der Stadt und den Einwohnerinnen und Einwohnern von Gernika mit einer Geste der Versöhnung ein Bekenntnis zur Schuld und Verantwortung der Deutschen abzulegen und damit die Grundlagen für eine friedliche und freundschaftliche Zukunft zwischen den Völkern weiter zu verbessern;
2. dafür Sorge zu tragen, daß Mitglieder der Legion Condor in Deutschland nicht weiter ehrendes Gedenken z. B. in Form von Kasernenbenennungen bei der Bundeswehr zuteil wird. Bereits erfolgte Kasernenbenennungen nach Mitgliedern der Legion Condor seien aufzuheben.

B. Lösung

Annahme des Antrages in der Fassung der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen EntschlieÙung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der F.D.P.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/7509 in der nachfolgenden Fassung anzunehmen:

Unterstützung der Erklärung von Bundespräsident Dr. Roman Herzog an die Bevölkerung der Stadt Guernica/Gernika

1. Zum 60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika formulierte Bundespräsident Dr. Roman Herzog am 26. April 1997 ein Grußwort an die Bevölkerung von Gernika. Hierin bekennt er sich zu deutscher Schuld an der Zerstörung Gernikas im Jahr 1937 und bekundet den Opfern und deren Nachkommen sein Gedenken, sein Mitgefühl und seine Trauer. Er bittet die Bevölkerung der Stadt Gernika um Versöhnung.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß der deutsche Botschafter die Erklärung des Bundespräsidenten bei einer Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung am 27. April 1997 in Gernika vorgetragen hat. Der Deutsche Bundestag sieht dies als Zeichen an, daß auch die Bundesregierung hinter dieser Erklärung des Bundespräsidenten steht.
3. Auch der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung des Bundespräsidenten und schließt sich der Entschuldigung an. Sie ist ein Bekenntnis, auf das die Bevölkerung von Gernika seit der Zerstörung der Stadt durch deutsche Flieger der Legion Condor am 26. April 1937 wartet. Zudem ist sie eine Versöhnungsgeste, die dazu beitragen soll, die Grundlage für eine friedliche und freundschaftliche Zukunft zwischen unseren Völkern weiter zu verbessern.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diese Entschließung des Deutschen Bundestages den Verantwortlichen der Stadt Gernika zu übermitteln.

Bonn, den 11. Dezember 1997

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Hartmut Koschyk
Berichterstatte

Ute Vogt (Pforzheim)
Berichterstatte

Rezzo Schlauch
Berichterstatte

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstatte

Ulla Jelpke
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Ute Vogt (Pforzheim), Rezzo Schlauch, Cornelia Schmalz-Jacobsen und Ulla Jelpke

I.

1. Der Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Halo Saibold, Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ute Vogt (Pforzheim), Freimut Duve, Monika Ganseforth, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD, 60. Jahrestag der Bombardierung von Guernica/Gernika, – Drucksache 13/7509 – wurde in der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. September 1997 dem Innenausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.
2. Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 72. Sitzung diesen Antrag beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung empfohlen.
3. Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 10. Dezember 1997 abschließend beraten und einstimmig bei Enthaltung der Gruppe der PDS in der Fassung der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Entschließung zur Annahme empfohlen.

II.

Zu der Sitzung des Innenausschusses am 8. Oktober 1997 ist der nachfolgende Änderungsantrag der Abgeordneten Ute Vogt (Pforzheim), Freimut Duve, Monika Ganseforth, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD, Unterstützung der Erklärung des Bundespräsidenten Dr. Roman Herzog an die Bevölkerung der Stadt Guernica/Gernika, vorgelegt worden:

„I. Der Bundestag wolle beschließen:

1. Zum 60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika formulierte der Bundespräsident Dr. Roman Herzog am 26. April 1997 ein Grußwort an die Bevölkerung von Gernika. In seiner Erklärung bekennt sich der Bundespräsident zur Schuld deutscher Flieger an der Zerstörung Gernikas im Jahre 1937 und bekundet den Opfern und deren Nachkommen sein Gedenken, sein Mitgefühl und seine Trauer. Er richtet an die Bevölkerung der Stadt Gernika die Bitte um Versöhnung.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt diese Erklärung des Bundespräsidenten und schließt sich der Entschuldigung an. Sie ist ein Bekenntnis, auf das die Bevölkerung von Gernika seit der Zerstörung der Stadt durch deutsche Flieger

der Legion Condor am 26. April 1937 wartet. Zudem ist sie eine Versöhnungsgeste, die einen wichtigen Teil dazu beiträgt, daß die Grundlage für eine friedliche und freundschaftliche Zukunft zwischen unseren Völkern weiter verbessert werden kann.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich der Entschuldigung des Bundespräsidenten Dr. Roman Herzog vom 26. April 1997 anläßlich des 60. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Gernika ebenfalls anzuschließen und dies offiziell gegenüber der Bevölkerung von Gernika deutlich zu machen.“

Der Innenausschuß hat sich in seiner Sitzung am 8. Oktober 1997 einvernehmlich darauf verständigt, daß die Berichterstatter versuchen mögen, eine interfraktionelle Entschließung zu dem Antrag auf Drucksache 13/7509 zu erarbeiten.

Für die 73. Sitzung des Innenausschusses legte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den nachfolgenden Änderungsantrag vor:

„Entschuldigung Deutschlands für die Bombardierung von Guernica/Gernika“

1. Zum 60. Jahrestag der Bombardierung von Gernika formulierte Bundespräsident Dr. Roman Herzog am 26. April 1997 ein Grußwort an die Bevölkerung von Gernika. Hierin bekennt er sich zu deutscher Schuld an der Zerstörung Gernikas im Jahre 1937 und bekundet den Opfern und den Nachkommen sein Gedenken, sein Mitgefühl und seine Trauer. Er bittet die Bevölkerung der Stadt Gernika um Versöhnung.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß der deutsche Botschafter die Erklärung des Bundespräsidenten bei einer Veranstaltung anläßlich des 60. Jahrestages der Bombardierung am 27. April 1997 in Gernika vorgetragen hat. Der Deutsche Bundestag sieht dies als Zeichen an, daß auch die Bundesregierung hinter dieser Erklärung des Bundespräsidenten steht.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung des Bundespräsidenten. Sie ist ein Bekenntnis, auf das die Bevölkerung von Gernika seit der Zerstörung der Stadt durch deutsche Flieger der Legion Condor am 26. April 1937 wartet. Zudem ist sie eine Versöhnungsgeste, die dazu beitragen soll, die Grundlage für eine friedliche und freundschaftliche Zukunft zwischen unseren Völkern zu verbessern.
4. Der Deutsche Bundestag bekundet den Nachkommen der Opfer seine Trauer und entschul-

digt sich für das Verbrechen der Bombardierung von Gernika. Er bittet die Bundesregierung, diese Entschließung des Deutschen Bundestages den Verantwortlichen der Stadt Gernika zu übermitteln.“

Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. legten die aus der Beschlußempfehlung ersichtliche Entschließung vor, der auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beitrug und der der Innenausschuß einstimmig folgte.

Bonn, den 11. Dezember 1997

Hartmut Koschyk

Berichterstatter

Ute Vogt (Pforzheim)

Berichterstatte

Rezzo Schlauch

Berichterstatter

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Berichterstatte

Ulla Jelpke

Berichterstatte